

Ein Leben im Regime

Zeitzeuge: Bernd Wittich besucht Realschule plus. ► SEITE 7

Komm ins Team!

Nachwuchswerbung bei der Polizei: Infoabend gibt Einblicke. ► SEITE 7

Schifferstadt radelt wieder

Stadtradeln: Klima schützen, Radfahren fördern, Gesund leben. ► SEITE 9

Donnerstag, 18. April 2024 · 1,20 €

Amtliches Organ der Stadtverwaltung Schifferstadt

120. Jahrgang · Nr. 91

WETTER

Heute

 3° – 12°
► FERNSEHEN / WETTER

HEUTE LOKAL

Spendenübergabe Ökumenischer Hungermarsch

Das ökumenische Hungermarschteam lädt alle Interessierten für heute Donnerstag, 18. April, ab 19 Uhr ins Protestantische Gemeindehaus, Langgasse 54 ein.
► SEITE 9

Horizont-Stiftung lädt zum Kinonachmittag ein

Am 25.4.2024 lädt die Horizont Peter + Maria Kinscherff Stiftung um 15.00 Uhr zum Senioren-Kino in das Rex-Kino-Center ein. Einlass ab ca. 14.30 Uhr, Der Eintritt ist frei. Zu sehen ist der Film „Weißt du noch“ mit Senta Berger und Günther Maria Halmer. Gerne dürfen Junggebliebene aus Schifferstadt und Umgebung an diesem Nachmittag Kinoflair genießen.
► SEITE 9

INHALT

Lokal	7
Notrufe	8
Sudoku	8
Rätsel	8
Roman	10
Anzeigen	12

KONTAKT

Schifferstadter Tagblatt
Bahnhofstraße 70
67105 Schifferstadt

Telefon 06235/92690
www.schifferstadter-tagblatt.de

Abonnenten-Service:
Telefon 92690
info@schifferstadter-tagblatt.de

Anzeigenabteilung:
Telefon 92690
anzeigen@schifferstadter-tagblatt.de

Redaktion:
Telefon 92690
redaktion@schifferstadter-tagblatt.de

Kostenlose Newsletter:
www.schifferstadter-tagblatt.de/newsletter

Soziale Medien
www.facebook.com/schifferstadter.tagblatt
Instagram
@schifferstadtertagblatt
linkedin
www.linkedin.com/company/schifferstadtertagblatt
WhatsappKanal

Öffnungszeiten des Verlagsbüros:

Dienstag, Donnerstag:
8 bis 11 Uhr.
Telefonisch erreichen Sie uns:
Montag bis Freitag von
8 bis 12 Uhr.
Sollten Sie Ihr Tagblatt nicht erhalten haben, melden Sie uns dies - gerne auch per Mail - bis spätestens 11 Uhr.



Zu wenig Stellplätze für Brummis

Auf Autobahn-Raststätten, Auf- und Abfahrten mehren sich die Bilder von Lkw-Kolonnen und abgestellten Sattelzügen. Der Grund: Es fehlen Zehntausende Stellplätze. Dabei baut der Bund seit 2018 kontinuierlich neue. ► WIRTSCHAFT

Klimakrise wird zur Wirtschaftskrise

Forscher warnen: Die globale Erwärmung bedroht den ökonomischen Wohlstand

POTSDAM (dpa). Die Weltwirtschaft droht einer neuen Berechnung zufolge durch Folgen der Erderwärmung bis Mitte des Jahrhunderts um rund ein Fünftel zu schrumpfen – und das sogar, wenn der Ausstoß klimaschädlicher Gase künftig drastisch gesenkt würde. Andernfalls sind noch deutlich größere wirtschaftliche Schäden als jene 38 Billionen Dollar pro Jahr zu erwarten, wie Forscher des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung in einer im Fachjournal „Nature“ veröffentlichten Studie berechnet haben. Diese Schäden würden damit sechsmal höher ausfallen als die veranschlagten Kosten für Klimaschutzmaßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung auf maximal zwei Grad.

Je nach Region fallen die erwarteten Schäden sehr unterschiedlich aus. Die ärmsten und am wenigsten für den Klimawandel verantwortlichen Länder werde es am schwersten treffen, heißt es. Für Deutschland sagen die Forscher – ebenso wie für die

USA – bis zur Mitte des Jahrhunderts ein Schrumpfen der Wirtschaft um elf Prozent hinaus, verglichen mit einem Szenario ohne Klimafolgen. Die Angaben beziehen sich auf ein Szenario, bei dem es gelingt, auf einen Pfad zu kommen, mit dem die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf unter zwei Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit begrenzt werden kann. Die bisherigen Klima-

schutzpläne reichen dafür nach Angaben der Vereinten Nationen bislang nicht aus.

„Für die meisten Regionen, darunter Nordamerika und Europa, werden hohe Einkommensverluste prognostiziert, wobei Südasien und Afrika am stärksten betroffen sind“, schrieb Maximilian Kotz, einer der Studienautoren. „Diese Verluste werden durch unterschiedlichste wirtschaftsrelevante Wirkungen des Klima-

wandels verursacht, wie zum Beispiel Folgen für landwirtschaftliche Erträge, Arbeitsproduktivität oder Infrastruktur.“ Schäden durch Stürme oder Waldbrände sind nicht eingerechnet, sondern könnten die Höhe der Folgekosten weiter erhöhen.

Für die Berechnung haben die Forscher Daten der vergangenen 40 Jahre aus mehr als 1600 Regionen dazu ausgewertet, wie Wetterextreme das Wirtschaftswachstum beeinflusst haben. Auf Basis von Klimamodellen errechneten sie, wie sich diese voraussichtlich in den kommenden 26 Jahren wirtschaftlich auswirken werden.

Forscherin Leonie Wenz wies darauf hin, dass die erwarteten Schäden Folgen der bereits ausgestoßenen Treibhausgase seien. Um diese abzufedern, brauche es Anpassungsmaßnahmen. „Zusätzlich müssen wir unsere CO2-Emissionen drastisch und sofort reduzieren – andernfalls werden die wirtschaftlichen Verluste in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts noch höher sein und

bis Ende des Jahrhunderts im globalen Durchschnitt bis zu 60 Prozent betragen.“

Die Berechnungen des Potsdamer Teams liegen nahe an den Prognosen, die der Wirtschaftswissenschaftler Nicholas Stern schon 2006 im Auftrag der britischen Regierung

„Für die meisten Regionen, darunter Nordamerika und Europa, werden hohe Einkommensverluste prognostiziert, wobei Südasien und Afrika am stärksten betroffen sind.“

Studienautor Maximilian Kotz

errechnete: Durch den Klimawandel drohe der internationalen Wirtschaft ein Rückgang um rund 20 Prozent, hieß es in seiner Studie. Das Fazit lautete schon damals: Klimaschutz sei zwar teuer – kein Klimaschutz aber noch viel teurer.



Risiko Trockenheit: Im Spessart leidet die Natur unter den geringeren Niederschlägen. Das hat auch ökonomische Folgen. Foto: dpa

Für 360.000 Euro nach Deutschland

Großrazzia gegen Reichen-Schleuser: Bande soll vor allem an Chinesen Aufenthaltstitel verkauft haben

DÜSSELDORF (dpa). Das Lockmittel war Werbung für ein „Weltklasse-Gesundheitsystem“ und beste Bildung: Mit einer Großrazzia in acht Bundesländern hat die Polizei eine international agierende Schleuserbande zerschlagen, die sich besonders auf reiche Menschen aus China und Oman spezialisiert hatte. Mehr als 1000 Beamte durchsuchten am Mittwoch rund 100 Wohnungen, Geschäftsräume und Behörden und verhafteten dabei zehn Beschuldigte. Bis zu 360.000 Euro

kostete die Vermittlung einer Aufenthaltserlaubnis im Einzelfall, wie der ermittlungsleitende Staatsanwalt Hendrik Timmer in Düsseldorf sagte. Im Visier sind 38 mutmaßliche Bandenmitglieder und 147 Personen, die geschleust worden sein sollen. Wenn man später nachgeholte Familienangehörige hinzuzähle, gehe um etwa 350 zumeist chinesische Staatsangehörige, hieß es weiter. Insgesamt wurden laut Bundespolizei elf Haftbefehle ausgestellt, von denen zehn vor

allem in Köln vollstreckt worden seien. Nach einer Person werde aber noch gefahndet. Sechs Beschuldigte seien bereits dem Haftrichter vorgeführt worden. Unter ihnen ist nach Angaben des Kreises Düren auch ein Mitarbeiter der dortigen Kreisverwaltung. Außerdem lagen Haftbefehle gegen Anwälte und Mitarbeiter ihrer Kanzleien vor. Hauptverdächtige sind zwei 42 und 46 Jahre alte Rechtsanwälte aus dem Raum Köln. Der Tatvorwurf lautet auf banden- und gewerbsmäßiges Schleu-

sen von Ausländern sowie auf Bestechung und Bestechlichkeit von Mitarbeitern lokaler Behörden. Für gewerbsmäßiges Einschleusen drohen Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren. Angeworben wurden die finanzkräftigen Ausländer – auch aus Südafrika und Indien – nach Angaben der Ermittler über ein sogenanntes „Residenz-Programm“ im Internet. Dort seien das deutsche Gesundheit- und Bildungssystem beworben und die deutsche Staatsbürgerschaft in Aussicht gestellt worden.



Polizeibeamte haben bei der Razzia in Wohnungen, Geschäftsräumen und Behörden Akten und Bargeld sichergestellt. Foto: dpa



4 0016

KOMMENTARE



Islam-Passagen der CDU: Friedrich Merz zündelt mal wieder

Von Nele Leubner
nele.leubner@vrm.de

CDU-Chef Friedrich Merz zündelt wieder mal. Und die Debatte über die Islam-Sätze im Grundsatzprogramm der Christdemokraten überdreht derzeit etwas. Fast wie bestellt. Nach Protesten heißt es jetzt statt „Muslime, die unserer Werte teilen, gehören zu Deutschland“ im Entwurf für das neue Grundsatzprogramm: „Muslime sind Teil der religiösen Vielfalt Deutschlands und unserer Gesellschaft. Ein Islam, der unsere Werte nicht teilt und unsere freiheitliche Gesellschaft ablehnt, gehört nicht zu Deutschland.“ Stehen diese zwei Sätze für die rhetorische Ausgrenzung einer ganzen Bevölkerungsgruppe? Mitnichten. Sie richten sich nicht pauschal gegen Muslime, sondern gegen den politischen Islam. Gegen islamistische Strömungen, die unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung, das westliche Lebensmodell, die Trennung von Staat und Religion sowie das Existenzrecht Israels bekämpfen. Aber hätte es diese explizite Nennung von Muslimen im CDU-Grundsatzprogramm wirklich gebraucht? Eigentlich nicht – außer, man möchte am rechten Rand nach Wählern fischen. Die Partei hätte auch einfach schreiben können: „Wer unsere Werte nicht teilt, gehört nicht zu Deutschland.“ Ganz ohne Nennung einer einzelnen Religion – denn Eiferer und Fundamentalisten gibt es in jeder Glaubensrichtung. Statt aber mit Schnappatmung über die Millionen von Muslimen in Deutschland, die ihren Glauben im Einklang mit unseren Grundrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien leben, zu diskutieren, müssen wir den Blick vielmehr auf diejenigen richten, die unter uns leben, aber Frauen, Minderheiten und sogenannte Ungläubige nicht als gleichwertig ansehen. Viel zu lange haben Politik und Gesellschaft hier weggeschaut – auch aus falsch verstandener Toleranz und der Furcht, als rassistisch zu gelten. Wenn die CDU mit ihrem Grundsatzprogramm diese Debatte in Deutschland starten wollte, war das schlecht gemacht.



Viel Erköning

Karikatur: Luff

Vieles hängt vom Preis ab

Verkehrsminister der Länder beraten darüber, wie es langfristig mit dem Deutschlandticket weitergeht

Von Andreas Hoenig, Carsten Linnhoff und Matthias Arnold

MÜNSTER/BERLIN. Mehr als 11 Millionen verkaufte Tickets, von vielen als Tarifrevolution gefeiert: Das Deutschlandticket im Nah- und Regionalverkehr wird bald ein Jahr alt. Seit dem 1. Mai 2023 kann es bundesweit im Nah- und Regionalverkehr genutzt werden. Der monatliche Preis liegt in der Regel bei 49 Euro – aber wie lange noch? Das ist eine Frage, mit der sich die Verkehrsminister der Länder am Mittwoch und an diesem Donnerstag in Münster beschäftigen. Wegweisende Beschlüsse werden allerdings eher nicht erwartet. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) fehlt in Münster, er weilt im Ausland und schickt zwei Staatssekretäre.

Das Deutschlandticket sei nicht nur ein Anreiz, um auf den ÖPNV umzusteigen, sagte der nordrhein-westfälische Verkehrsminister Oliver Krischer (Grüne) als Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz. „Es leistet dadurch auch einen Beitrag zum Klimaschutz und entlastet die Pendler um einen Milliarden-Betrag. Das wirkt sich auch dämpfend auf die Inflation auf. Ich bin daher mit dem ersten Jahr sehr zufrieden. Aber es gibt auch noch Hausaufgaben,

die anstehen: Die dauerhafte Finanzierung bleibt ein Thema“, sagte Krischer. „Hierzu ist es notwendig, dass wir das Ticket noch stärker als Job-Ticket etablieren und es von den Arbeitgebern auch entsprechend anteilig übernommen wird.“

Im Januar hatten die Verkehrsminister beschlossen, dass der Preis des Deutschlandtickets in diesem Jahr stabil bleibt. Oder kommt noch einmal Bewegung in diese Frage? Bayerns Verkehrsminister Christian Bernre-

iter (CSU) sagte, der Beschluss sei auf der Grundlage einer Zusage von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) geschehen, dass Restmittel aus dem Vorjahr auf dieses Jahr übertragen werden könnten. Es gehe um 350 Millionen Euro, die die Länder und die Verkehrsbetriebe dringend bräuchten. Seit November sei hier aber nichts passiert. „Kommt die Übertragung der Mittel nicht, muss das Deutschlandticket noch dieses Jahr teurer werden, oder es wird sogar

ganz auslaufen.“ Beides wolle er nicht, denn dies wäre ein großer Vertrauensverlust.

Auf jeden Fall offen ist, was das Deutschlandticket von 2025 an kostet. Ramona Pop, Vorstandin des Verbraucherzentrale Bundesverbands, sagte: „Bund und Länder müssen jetzt zu ihrem Versprechen stehen und den Preis stabil halten, mindestens bis zum Jahr 2030.“ Um langfristig noch mehr Menschen in Busse und Bahnen zu holen, sei eine gesicherte, dauerhafte Finanzierung des Deutschlandtickets notwendig.

im Jahr 1,5 Milliarden Euro – die Länder zahlen ebenfalls 1,5 Milliarden.

Die milliardenschweren sogenannten Regionalisierungsmittel des Bundes, mit denen die Länder und Verkehrsverbände Bahn- und Busverbindungen bei Verkehrsunternehmen bestellen, sind seit Jahren ein Zankapfel – die Länder fordern wesentlich mehr Geld. Hintergrund ist auch ein geplanter „Ausbau- und Modernisierungspakt“ des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) fordert, dass die Diskussion auf der Verkehrsministerkonferenz nicht beim Deutschlandticket stehen bleiben darf. „Wir erwarten, dass die Verkehrsministerkonferenz sich mit der insgesamt dramatischen Situation der ÖPNV-Finanzierung beschäftigt“, teilte VDV-Geschäftsführer Alexander Möller mit. „Die Branche braucht eine gesicherte und verlässliche Perspektive für den dringend nötigen Ausbau und die Modernisierung von Infrastrukturen und Fahrzeugen sowie finanzielle Mittel für den flächendeckenden Angebotsausbau.“ Und für Krischer ist eines klar: „Ohne zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur wird das Deutschlandticket seinen Reiz verlieren.“



Als Anreiz, um auf den ÖPNV umzusteigen, sind auch zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur nötig. Foto: dpa

Länder wollen mehr Geld

„Es kann sein, dass es zukünftig eine stärkere Belastung auch der Fahrgäste geben wird und der Preis steigt“, sagte der schleswig-holsteinische Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (CDU). Es müssten aber zunächst Fakten auf dem Tisch liegen zur genauen Höhe der Einnahmen. Madsen forderte zudem ein Signal vom Bund, auch vom Jahr 2026 an zu seiner Verantwortung für das Deutschlandticket zu stehen. Um Einnahmeausfälle bei Verkehrsunternehmen bei dem Ticket auszugleichen, zahlt der Bund laut Regionalisierungsgesetz bis 2025



Baerbocks Mission ist richtig, aber mit wenig Aussicht auf Erfolg

Von Kerstin Münstermann
kommentar@vrm.de

Es ist bereits ihre siebte Reise nach Israel seit dem Angriff der Hamas auf Israel. Durch ihren Dauereinsatz hat sich Außenministerin Annalena Baerbock bei der israelischen Regierung Respekt erworben. So trifft sie in Tel Aviv sowohl Staatspräsident Izzak Herzog als auch den israelischen Regierungschef Benjamin Netanjahu. Nach dem Gespräch warnt sie erneut vor einem drohenden Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten. Mit einer Eskalationsspirale wäre niemandem gedient, betont die Grünen-Politikerin vor einem Treffen der Gruppe sieben großer Industrienationen (G7) auf der italienischen Insel Capri. Israel habe mit seinem „Defensivsieg“ vergangene Woche schon Stärke gezeigt, fügt sie noch hinzu. Und doch kann man am Gesicht der Außenministerin auch ablesen, dass ihren Worten vor allem die Hoffnung innewohnt, dass Israel nicht zurückschlägt. Vielmehr geht es mittlerweile eher darum, welche Art und Weise Israel wählen wird. Es geht mehr um das Wie als um das Ob. Auch Kanzler Olaf Scholz wollte sich in China nicht näher zu möglichen Reaktionen Israels einlassen. Dass keine sofortige unüberlegte Antwort erfolgte, wertet man unter den Verbündeten schon als Erfolg. Netanjahu gilt auch unter den Freunden Israels mittlerweile als völlig unberechenbar und – so ist es hinter vorgehaltener Hand von Diplomaten zu hören – vor allem auch damit beschäftigt, sich selbst an der Macht zu halten. Immerhin: Baerbock hat als erste deutsche Politikerin nach dem Angriff Irans auf Israel mit dem israelischen Regierungschef persönlich gesprochen. Zumindest gibt es noch einen Gesprächsdraht. Aber ob der wirklich belastbar ist, das werden die nächsten Tage zeigen.

PRESSESTIMME

The Irish Times

Zu den Folgen des Strafprozesses gegen Donald Trump:

Auf die Vorwürfe, die vor einem Gericht in Manhattan gegen ihn erhoben wurden, stehen bis zu vier Jahre Gefängnis. Aber eine Verurteilung würde Donald Trump juristisch nicht von der Präsidentschaft ausschließen. (...) Es ist nicht klar, wie seine Anhänger auf eine Verurteilung ihres Kandidaten reagieren würden, der in den Umfragen derzeit knapp vor Präsident Joe Biden liegt. „Die Wähler verstehen“, sagte Trump, als er das Gerichtsgebäude betrat. Das mag sein, dennoch bleibt abzuwarten, wie sich das Verfahren auf ihr Abstimmungsverhalten auswirken wird.

Mehr Profil durch Abgrenzung vom Islam

Die Union hat wegen der geänderten Formulierung zu Muslimen erneut eine Kontroverse über ihr Grundsatzprogramm losgetreten

Von Hagen Strauß

BERLIN. Die Debatte wiederholt sich. Schon als die Union ihren Entwurf des neuen Grundsatzprogramms Mitte Januar präsentierte, entzündeten sich an einigen Passagen Kontroversen. Etwa, weil die Partei den Begriff der „Leitkultur“ für sich wieder entdeckt hat. Aber auch wegen des Satzes zum Islam: „Muslime, die unserer Werte teilen, gehören zu Deutschland“, stand seinerzeit in der ersten Fassung der Grundsatzprogramm-Kommission.

Dieser Satz ist geändert worden. Zwar heißt es nun: „Muslime sind Teil der religiösen Vielfalt Deutschlands und unserer Gesellschaft.“ Aber eben auch: „Ein Islam, der unserer Werte nicht teilt und unsere freiheitliche

Gesellschaft ablehnt, gehört nicht zu Deutschland.“ Darauf hatte sich die Antragskommission am vergangenen Wochenende nach einer wohl langen Diskussion geeinigt. In dem Papier liest man zudem, Religionen stünden nicht über dem Grundgesetz. Die CDU wende sich zugleich gegen jede „Einflussnahme ausländischer Regierungen auf hiesige Moscheegemeinden, Islamverbände, muslimische Organisationen und deutsche Muslime“. Beschlossen werden soll der Grundsatzprogramm-Entwurf auf dem CDU-Parteitag Anfang Mai in Berlin.

Die Kritik an der Union ist jetzt aber erneut groß. So sieht etwa der Zentralrat der Muslime den wiederholten Versuch, Muslime zu stigmatisieren. Auch aus der SPD kommt Gegenwind. Fraktionsvize Dirk Wiese sagte dem Berliner Büro dieser Zeitung: „In diesen herausfordernden Zeiten ist Zusammenhalt und gegenseitiger Respekt mehr denn je gefragt.“

Gegenwind aus der SPD: „Reise ins verstaubte Gernern“

Die Union mache aber das Gegenteil, so Wiese. „Sie forciert bewusst eine Politik der Vorurteile.“ Der SPD-Mann weiter: „Das Programm ist kein Zukunftsprogramm, sondern eine Reise in das verstaubte Gernern.“ In der Union verteidigt man hingegen die Neufassung gegen die Kritik. Christoph Ploß, Mitglied der Antragskommission, sagte dem Berliner Büro dieser Zeitung, man habe „in den Entwurf zu Recht auch noch die wichti-

ge Formulierung aufgenommen, dass wir als CDU einen illiberalen Islam klar ablehnen“. Der CDU-Bundestagsabgeordnete ergänzte, nicht nur bestimmte Gruppen zu benennen, sondern klar zu sagen, dass man einen Islam, „der unsere Werte nicht teilt“ nicht akzeptiere, „hat unser Profil an dieser Stelle gegenüber dem ersten Entwurf weiter geschärft“.

Zudem stärke die Union mit dem Grundsatzprogramm ihr liberal-konservatives Profil. Ploß nannte Zurückweisungen an der deutschen Grenze, die konsequente Bekämpfung illegaler Migration, das Einsteigen für die soziale Marktwirtschaft, die Anerkennung der Kernkraft sowie das Bekenntnis zum klimafreundlichen Verbrennungsmotor. Parlamentsgeschäftsführer

Thorsten Frei (CDU) betonte, mehrere Millionen Menschen islamischen Glaubens seien zum Teil schon seit Jahrzehnten „hierzulande selbstverständlich fest integriert“. Die Union wolle zugleich eine „klare Grenze ziehen zum politischen Islam und islamistischen Gruppen, die unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung, das westliche Lebensmodell, die Trennung von Staat und Religion oder das Existenzrecht Israels bekämpfen“. Ein Blick in die iranische Staatsführung oder zu den Taliban in Afghanistan müsse „uns eine Warnung sein, die Realitäten in der Welt nicht aus den Augen zu verlieren“, so Frei. Dass der Parteitag der Linie der Antragskommission folgen wird, daran zweifelt man jedenfalls nicht in der CDU.

Anklage wegen Umsturzplänen erhoben

FRANKFURT (dpa). Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt hat Anklage gegen einen 61-jährigen Deutschen erhoben, dem vorgeworfen wird, als Mitglied einer mutmaßlichen Terrorgruppe den Umsturz der Deutschen Regierung und die Entführung von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) geplant zu haben. Dies teilte die Behörde am Mittwoch mit.

Der Mann aus dem Kreis Bergstraße in Hessen soll Mitglied in der Gruppe „Vereinte Patrioten“ gewesen sein. Fünf mutmaßliche Mitglieder der Gruppe sind bereits seit knapp einem Jahr vor dem Oberlandesgericht Koblenz angeklagt. Ihr Ziel war es laut Ermittlungsbehörden, die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland zu beseitigen und eine Verfassung nach dem Vorbild des Deutschen Reiches von 1871 einzuführen.

Garage als Waffenlager und Ausrüstung aus Russland

Der 61-Jährige soll nach Ansicht der Staatsanwaltschaft an Treffen der Gruppe teilgenommen und sich dazu bereit erklärt haben, an der geplanten Entführung Lauterbachs mitzuwirken. Laut Mitteilung soll er zugesagt haben, dass seine Garage für die Lagerung von Waffen genutzt werden könne. Außerdem habe er sich bereit erklärt, als Teil einer Delegation mit einem Schiff über die Ostsee nach Russland zu fahren, um dort „über einen „Schulterschluss“ zu verhandeln sowie militärische Ausrüstung zu beschaffen“, hieß es.

Der 61-Jährige sitzt seit Oktober 2023 in Untersuchungshaft.

Regierungspartei in Kroatien vorn

ZAGREB (dpa). Der bürgerliche Ministerpräsident Andrej Plenkovic könnte nach der Parlamentswahl in Kroatien weiter Regierungschef bleiben. Wie die Wahlkommission nach Auszählung von 64,5 Prozent der Stimmzettel bekanntgab, erhielt seine Partei HDZ mit ihren Verbündeten 36,1 Prozent der Wählerstimmen. Damit hätte Plenkovic zwar noch keine absolute Mehrheit, jedoch gilt es als möglich, dass er kleinere Parteien sowie Vertreter der ethnischen Minderheiten für eine Koalition gewinnen könnte. Ähnlich war die vorige Wahl 2020 ausgefallen. Plenkovic regiert seit 2016 in Kroatien, die HDZ war in den 33 Jahren seit der Unabhängigkeit des Adria-Landes 26 Jahre lang an der Macht. Er positioniert sich als prowestlich und proeuropäisch. Kritiker werfen ihm vor, dass er einen von seinen Vorgängern begonnenen Ausbau korrupter Netzwerke in Staat und Verwaltung fortgesetzt habe.



Ihr Kontakt zur Zentralredaktion
E-Mail: kontakt@vrm.de
wirtschaft@vrm.de
kultur@vrm.de
sport@vrm.de

Blattmacher:
Andreas Härtel (Lt.), Katharina Volkmann (Lt.), Thomas Dix (Content-Manager), Alexandra Eckhardt (Content-Manager), Klaus Thomas Heck (Content-Manager), Steffen Nagel (Content-Manager), Beate Nietzel (Content-Manager), Björn-Christian Schüller (Content-Manager), Nadja Anthes-Ploch, Sigrid Babst, Torsten Boor, Ken Chowanetz, Susanne Einhäuser, Andreas Hand, Daniel Holzer, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Silke Kaul-Fritz, Thorsten Lutz, Jürgen Möcks, Katrin Oltmanns, Carsten Schröder, Volker Schütz, Nicole Suckert

„Das ist Chameneis Krieg“

Nach Meinung der Opposition verstärkt der Konflikt mit Israel die Entfremdung zwischen den Iranern und ihrem Regime

Von Thomas Seibert

TEHERAN. Das iranische Regime gibt sich nach dem Drohen- und Raketenangriff auf Israel zufrieden. Den Israelis sei eine Lehre erteilt worden, sagten Spitzenpolitiker nach dem Angriff vom Sonntag, während Staatsmedien feiernde Menschen zeigten. Doch die Feiern blieben klein, von patriotischem Enthusiasmus für eine Konfrontation mit Israel ist nichts zu sehen. Im Gegenteil: Trotz der staatlichen Kontrolle wird Kritik am Kurs von Revolutionsführer Ali Chamenei laut. Das Regime reagiert mit Strafverfahren und Drohungen.

Nur etwa 10 bis 15 Prozent unterstützten das Regime

Abbas Abdi, ein prominenter Intellektueller, warf Chameneis Regierung in einem Beitrag für die Zeitung „Etemad“ vor, nach dem israelischen Luftangriff auf das iranische Konsulat in Damaskus vor zwei Wochen zum Opfer seiner „eiteln“ Parolen geworden zu sein. Der Iran hätte nicht auf den israelischen Angriff antworten müssen. Israel sei dem Iran militärisch überlegen. Außerdem stellte Abdi eine Grundposition der iranischen Außenpolitik infrage: Israel das Existenzrecht abzu-erkennen, bringe nichts. „Die Kosten eines Krieges wiegen viel schwerer als die Vorteile, selbst im Falle eines Sieges.“

Die iranische Justiz leitete gegen Abdi umgehend ein Verfahren wegen des Verdachts auf „Verunsicherung



Hat er sich mit seinem direkten Angriff auf Israel selbst in die Enge manövriert? Die Kritik an Irans Revolutionsführer Ali Chamenei wächst – auch wenn das Regime sie zu unterdrücken versucht. Foto: dpa

der Gesellschaft“ ein. Daneben gebe es mindestens noch ein weiteres Verfahren gegen einen anderen Journalisten wegen desselben Vorwurfs, meldete der Exil-Oppositions-sender Iran International.

Regimekritische Journalisten sind im Iran mit ihrer Meinung allerdings nicht allein. Nur etwa 10 bis 15 Prozent der Iraner unterstützten das Regime und die aggressive Israel-Politik, schätzte der türkische Iran-Experte Arif Keskin.

„Viele Iraner fürchten den Konflikt zwischen dem Regime und Israel als großes Risiko für das Land“, sagte Keskin. „Sie betrachten den Konflikt mit Sorge und Furcht. Für sie ist am wichtigsten, dass es keinen Krieg gibt. Deshalb treibt der Konflikt mit Israel die Entfremdung zwischen dem Regime und vielen Iranern voran.“

Oppositionelle Iraner werfen dem Regime vor, mit riskanten und kostspieligen außenpoliti-

schen Abenteuern die Sicherheit des Landes aufs Spiel zu setzen und Geld zu verpulvern, statt sich um die Lösung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme zu kümmern. Exil-Oppositionspolitiker Reza Pahlavi, Sohn des letzten iranischen Schahs, sagte, Teheran habe Milliardensummen für Waffen ausgegeben, die nicht funktionierten, „während die Iraner für Brot und Benzin Schlange stehen müssen“.

Ein iranischer Lehrerverband erklärte, am Ende würden die Armen und Schwachen den Preis für den iranischen Angriff auf Israel bezahlen. An Hauswänden tauchten nach Oppositionsangaben pro-israelische Parolen wie „Israel, schlag zu!“ auf. Der persische Dienst der britischen BBC erhielt einen Brief von Aktivisten im Iran und aus dem Exil, die sich gegen die „Kriegstreiberei“ des Regimes wandten. Ali Fathollah-Nejad, Grün-

dungsdirektor der Berliner Denkfabrik CMEG, sagte, das iranische Regime stecke in einer „Legitimitätskrise“.

Ob, wie und wann Israel angreift, ist unklar. Der jüdische Staat könnte iranische Atom-anlagen oder Raketenstützpunkte beschießen – die iranische Flugabwehr dürfte das kaum verhindern können. Israelische Angriffe auf iranische Hilfstruppen im Libanon, im Irak oder in Syrien sind ebenfalls möglich. In der Vergangenheit hatte Israel auch iranische Atomwissenschaftler ermordet oder iranische Computernetze mit Viren außer Gefecht gesetzt.

Sollte Israels Antwort Irans Regime öffentlich demütigen, könnte der innenpolitische Widerstand gegen die Islamische Republik wachsen. Schah-Sohn Pahlavi bringt die Opposition bereits in Position: „Nicht der Iran führt hier Krieg, sondern Ali Chamenei.“

Manche Oppositionelle fordern, der Westen müsse die Konsequenzen aus dem iranischen Angriff auf Israel ziehen und seine „Beschwichtigungs-politik“ gegenüber Teheran aufgeben. „Die meisten Menschen in Iran sind gegen den Angriff auf Israel und gegen einen Krieg“, sagte die deutsch-iranische Aktivistin Daniela Sepehri. Schon bei der Protestwelle von 2022 hätten Demonstranten gewarnt, „dass das Regime eines Tages Israel angreifen würde, wenn der Westen nicht mit dem Appeasement aufhört“. Westliche Regierungen hätten aber nicht zugehört, kritisierte Sepehri – „und tun jetzt überrascht“.

Die größte Wahl der Welt

Wie Premier Modi Indien zum Hindu-Staat umbaut / Er machte das Land zum wichtigen Partner Deutschlands

Von Anne-Sophie Galli

NEU-DELHI. Es ist der größte Urnengang der Geschichte: Ab diesem Freitag sind in Indien – mit rund 1,4 Milliarden Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der Erde – mehr als 900 Millionen Menschen zur Wahl des Unterhauses des Parlaments aufgerufen. Teils mit Hubschraubern, Booten und sogar Elefanten müssen Millionen Helfer und Sicherheitskräfte die Wahlurnen in alle Ecken des riesigen Landes bringen – vom Himalaja-Gebirge, über Wüstenregionen, Millionenmetropolen und abgelegene Hütten bis zu kleinen Inseln. Sechs Wochen dauert die Wahl. Doch das Ergebnis steht praktisch schon fest.

Dass sich Premierminister Narendra Modi von der Bharatiya Janata Party (BJP) nach zehn Jahren an der Macht eine dritte Amtszeit sichert, sagen alle Umfragen voraus. Und dennoch hat seine BJP nach Meinung von Kritikern alle Hebel in Bewegung gesetzt, die ohnehin schwache Opposition zu unterdrücken. So sitzt der Regierungschef von Delhi, Arvind Kejriwal, wegen Korruptionsvorwürfen in Untersuchungshaft. Bankkonten der großen oppositionellen Kongress-Partei sind wegen angeblicher Steuer-schulden eingefroren.

Der charismatische 73-jährige Modi und seine Partei wollen ihre Macht ausbauen mit dem Ziel, Indien zu einem Staat nur für die hinduistische Mehrheit zu machen, die 80 Prozent der Bevölkerung stellt. Die rund 200 Millionen Muslime und andere religiöse Minderheiten werden laut Beobachtern zunehmend zu Bürgern zweiter Klasse. Modis Versprechen eines Hindu-



Ende dieser Woche beginnt in Indien eine Mammutwahl. Ein Sieg von Premier Modi – hier mit dem Lotus-Symbol der Bharatiya Janata Party (BJP) – gilt als sicher. Foto: dpa

Staates ist eine radikale Abkehr von der Vision des indischen Gründervaters Mahatma Gandhi, der sich einst für die Trennung von Staat und Religion und Harmonie unter den Religionen aussprach.

Wie ein Priester weihte Modi gleich zum Wahlkampfauftritt einen Tempel für den wichtigen hinduistischen Gott Ram ein. Auf dem Gelände stand einst eine jahrhundertealte Moschee. Hindu-Fanatiker hatten sie 1992 zerstört.

Bei der stundenlang im Fernsehen übertragenen Einweihung versammelte Modi die Elite des Landes um sich und verkündete vor den jubelnden Massen den Beginn einer neuen Ära. „Mit den Hardlinern an der Macht haben Hindu-Mobs quasi eine Lizenz erhalten, um Muslime und ideologische Gegner zu töten“, schrieb Ashoka

Mody, Professor der Princeton University in den USA. Modi habe die Macht in seinem Amt zentralisiert, die Unabhängigkeit öffentlicher Institutionen wie der Justiz und der Medien des Landes untergraben, einen Personenkult um sich selbst aufgebaut und die ideologischen Ziele seiner Partei mit rücksichtsloser Effizienz verfolgt, schreibt die Zeitschrift „Foreign Affairs“.

„Es gibt keine Demokratie mehr“

„Es gibt keine Demokratie mehr in Indien“, kommentierte kürzlich auch der Kongress-Anführer Rahul Gandhi. Dennoch ist Modi äußerst beliebt. 85 Prozent der Bevölkerung wollen einen starken Anführer, heißt es in einer Umfrage des Pew Research Institutes. Modi präsentiert sich als starker Mann und

verweist auf das robuste Wirtschaftswachstum, das Investoren anlockt. Der Subkontinent ist unter ihm zur fünftgrößten Wirtschaftsmacht der Welt aufgestiegen. Aber das Wachstum ist nicht gleichmäßig verteilt. Viele Menschen finden keine Arbeitsplätze und haben Mühe, das Nötigste zum Leben zu kaufen.

Modi nützt auch die immer größer werdende Bedeutung Indiens auf der Weltbühne. Deutschland, die USA und andere westliche Staaten suchen angesichts eines immer aggressiver auftretenden Chinas zunehmend engere Beziehungen zum Subkontinent. Dabei sehen sie nach Meinung von Kritikern darüber hinweg, dass Neu-Delhi beim Ukraine-Krieg neutral bleibt, viel günstiges russisches Öl kauft und gute Beziehungen zu Moskau pflegt.

„Zum Erfolg verdammt“

Lauterbach will Klinikreform trotz Differenzen vorantreiben / Kabinett soll am 8. Mai beraten

BERLIN (dpa). Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach setzt trotz anhaltender Differenzen mit den Ländern auf zügige nächste Schritte zur geplanten Krankenhausreform. Bei einigen geforderten Punkten wie mehr Entbürokratisierung könne man mitgehen, sagte der SPD-Politiker nach Bund-Länder-Beratungen in Berlin. Dagegen seien generell vorgesehene Qualitätsvorgaben für den Bund nicht verhandelbar. Die Notwendigkeit der Reform sei nicht infrage gestellt worden. Alle wüssten, dass es eine „historische Gelegenheit“ sei, das System in einer Art neu aufzubauen, wie es benötigt werde. Aus den Ländern wurden weitere Einwände laut.

Lauterbach betonte: „Es gibt keine andere Reform.“ Man sei zum Erfolg verdammt. Er glaube nicht, dass die Reform noch scheitere, dafür sei sie zu bedeutsam.“ Springt uns der Ball vom Fuß, würden wir nicht nur ein ungeordnetes Krankenhaussterben in den nächsten Jahren nicht mehr abwenden können, sondern wir hätten auch mit Qualitätsdefiziten zu kämpfen, die für die Bürger sehr schwer vermittelbar sind.“

Zu einem nun vorgelegten Gesetzentwurf können die Länder und Verbände bis zum 30. April Stellung nehmen. Die Länder hätten eine gemeinsame Stellungnahme in Aussicht gestellt, erläuterte Lauterbach. Am 8. Mai soll sich dann das Kabinett damit befassen, die erste Lesung im Bundestag wird noch vor dem Sommer angestrebt. Der Minister bekräftigte, dass das Gesetz so angelegt werden

solle, dass es im Bundesrat nicht zustimmungsbedürftig ist – auch wenn die Länder dies wünschten.

Die Reformpläne zielen darauf, die Vergütung mit Pauschalen für Behandlungsfälle zu ändern, um Kliniken von finanziellem Druck zu immer mehr Fällen zu lösen. Künftig sollen sie 60 Prozent der Vergütung allein schon für das Vorhalten von Angeboten bekommen.

Bayern droht mit Klage vor dem Bundesverfassungsgericht

Kerstin von der Decken (CDU) aus Schleswig-Holstein, die Vorsitzende der Länder-Gesundheitsministerinnen und -minister, forderte Bewegung des Bundes. Die Länder seien sich einig, dass umfangreiche Korrekturen am Entwurf notwendig seien, um eine von allen befürwortete Reform zum Erfolg zu führen. „Dies kann nur gemeinsam mit den für die Krankenhausplanung zuständigen Ländern gelingen.“

Die bayerische Ressortchefin Judith Gerlach (CSU) kritisierte, viel zu viele Krankenhäuser müssten ihr Leistungsangebot erheblich verringern. „Das ist unverantwortlich.“ Wenn Lauterbach sein Vorhaben nicht korrigiere, werde Bayern vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen klagen. Ein neues Gutachten im Auftrag von Bayern, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ergab unter anderem, eine Gesetzesverabschiedung ohne Zustimmung des Bundesrates berge „das Risiko einer formellen Verfassungswidrigkeit“.

Viele stören sich an Cannabis-Duft

BERLIN (dpa). Jeder zweite Bundesbürger stört sich an dem typischen Geruch von Cannabis. Der markante krautige Dunst sei „sehr unangenehm“ oder „eher unangenehm“, sagten 30 beziehungsweise 18 Prozent der Befragten in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov. 14 Prozent der Befragten hingegen mögen das Cannabis-Aroma: 8 Prozent antworteten mit „eher angenehm“, 6 Prozent mit „sehr angenehm“. Auf die Frage, welche Regeln die Wirte von Biergärten, Cafés, Kneipen oder Restaurants für die neuerdings legalisierte Droge aufstellen sollen, sagten 48 Prozent, Cannabis solle in der Gastronomie „gar nicht erlaubt sein“. Weitere 14 Prozent sind der Meinung, Cannabis solle nur in bestimmten Lokalen erlaubt sein. Einverstanden mit Cannabis-Konsum in der Außengastronomie – also etwa in Straßencafés oder Biergärten – sind 17 Prozent. Ebenfalls 17 Prozent sagten, Wirte sollten das Rauchen überall dort erlauben, wo ihre Gäste auch bisher schon Zigaretten rauchen durften.

Alter Seitensprung mit Folgen

DÜSSELDORF (dpa). Weil er seine Frau aus Wut über einen 63 Jahre zurückliegenden angeblichen Seitensprung erstochen hat, ist ein 89-jähriger Rentner zu fünf Jahren und vier Monaten Haft wegen Totschlags verurteilt worden. Der angeklagte Senior hatte die Tat gestanden: Die 82-Jährige habe ihm in einem Streit an den Kopf geworfen, dass die älteste gemeinsame Tochter gar nicht von ihm stamme. Der richtige Vater sei „jünger, schöner und reicher als Du“, habe seine Frau ergänzt. Das habe er nicht ausgehalten und zugestochen. Die Staatsanwaltschaft hatte ihn wegen Mordes angeklagt. Doch das Gericht ging von einer Messertat im Eifersuchtswahn aus. Arg- und wehrlos sei die Frau dabei nicht gewesen. „Damit ist das Mordmerkmal der Heimtücke nicht erfüllt“, sagte der Vorsitzende Richter Rainer Drees.

Amsterdam gegen Flusskreuzfahrten

AMSTERDAM (dpa). Amsterdam will die Hälfte der anliegenden Flusskreuzfahrtschiffe verbannen. Innerhalb von fünf Jahren solle die Zahl der Schiffe, die in der Stadt anlegen dürfen, halbiert werden, teilte die Stadt am Dienstagabend mit. Es ist eine weitere Maßnahme der niederländischen Hauptstadt gegen den Massentourismus. Die Stadt schätzt, dass dadurch pro Jahr rund 270.000 Touristen weniger die Stadt besuchen werden. Ab 2028 sollen nur noch maximal 1150 Schiffe anlegen dürfen.

Blogger lässt sein Kind verhungern

SOTSCHI (dpa). Ein russischer Lebensmittel-Blogger hat nach Auffassung eines Gerichts in Sotschi am Schwarzen Meer sein neugeborenes Kind verhungern lassen. Russischen Medienberichten zufolge verurteilte das Gericht den Mann deshalb zu acht Jahren strenger Lagerhaft und einer Geldstrafe von 100.000 Rubel (etwa 1000 Euro). Auf seinem Blog warb der Mann für eine rein auf Rohkost beschränkte Ernährung, gemischt mit langen Phasen des Fastens. Diese Methoden wandte er den Ermittlungen zufolge auch auf seinen Sohn an. Er habe der Mutter mehrmals das Kind weggenommen, sodass es über Tage keine Nahrung erhielt. Das Neugeborene starb im März 2023 – nicht einmal einen Monat alt.

Für die Behandlung chronischer Nierenerkrankungen werden enorme Mengen an Wasser, Energie und Rohstoffen benötigt.
Foto: dpa



Wie Dialyse die Umwelt belastet

Die Klimakrise macht krank und zugleich verschärft der Gesundheitssektor den Klimawandel: Das Beispiel Nierenerkrankungen macht das Dilemma deutlich

Von Ute Strunk

REGION. Die Ausbreitung der Asiatischen Tigermücke und damit einhergehend die Gefahr der Übertragung von tropischen Infektionskrankheiten ist nur ein Beispiel dafür, dass der Klimawandel krank machen kann. Die steigende Zahl von Hitzetoten in heißen Sommern ist ein anderes. Hitzewellen können aber auch Nierenleiden verschlechtern, erläuterte der Nephrologe Jan Galle beim Kongress der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin (DGIM) in Wiesbaden. Galle erinnerte an den Sommer 2003, der in ganz Europa extrem heiß war und hinsichtlich der Auswirkungen sehr gut dokumentiert wurde. In diesem Sommer seien Zigttausend Tote in Altenheimen zu beklagen gewesen, weil zu wenig getrunken wurde. Der tägliche Flüssigkeitsbedarf des Menschen hänge stark von der körperlichen Aktivität und von der Umgebungstemperatur ab. Bei Hitze sei der Flüssigkeitsverlust durch Schwitzen über die Haut, über die Atmung

und durch Ausscheidungen viel höher, es werde deutlich mehr Flüssigkeit benötigt.

Insbesondere alte Menschen, aber auch sehr junge Kinder seien dann besonders gefährdet, da sie nicht so ein ausgeprägtes Durstempfinden haben, so Galle. Gerade in Hitzeperioden werden daher vermehrt Menschen mit flüssigkeitsbedingtem Nierenversagen in den Krankenhäusern aufgenommen. Auch Herz-Kreislauf-Versagen würden vermehrt beobachtet. Langfristig könnte sich auch die Rate von Menschen mit chronischen Nierenerkrankungen erhöhen, wenn Menschen zu wenig Zugang zu sauberem Trinkwasser haben oder zu lange unter hohen Temperaturen leiden.

Nierenerkrankungen sind aber nicht nur eine Folge der Klimaerwärmung, sondern auch ein Beispiel für ein Dilemma zwischen Medizin und Klimaschutz. Denn die Behandlung von chronischer Nierenerkrankung durch eine Nierenersatztherapie leistet auch einen Beitrag zur Umweltkrise: Für die Be-

handlung der circa 100.000 Menschen, die in Deutschland auf Nierenersatztherapie durch zum Beispiel Hämodialyse angewiesen sind, werden enorme Mengen an Wasser, Energie und Rohstoffen benötigt. So verbraucht eine einzige Dialysesitzung 100 bis 150 Liter Trinkwasser für den Dialysatfluss, der zudem auf meist 37 Grad Celsius erhitzt wird.

Mehr Treibhausgase als durch Flugverkehr

Hochgerechnet ergibt sich für die Behandlung von zwei Millionen Dialysepatienten weltweit pro Jahr ein Verbrauch von circa 156 Milliarden Liter Trinkwasser, 1,62 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom und 625.000 Tonnen Plastikmüll. Denn bei der Dialyse werden auch sehr viele Einwegmaterialien wie Filter, Schlauchsysteme und Verpackungen benötigt, die danach entsorgt werden.

Derzeit führe die Deutsche Gesellschaft für Nephrologie eine Erhebung zum CO₂-Fußabdruck der Dialyseeinrichtungen

im Land durch. „Im Anschluss wollen wir Strategien entwickeln, wie wir den CO₂-Fußabdruck in der Therapie verbessern können, ohne dass es zu einer Verschlechterung der Therapie für die Patienten kommt“, so Galle.

Dass der Gesundheitssektor die Klimakrise verschärft, wird häufig unterschätzt. In Deutschland liegt der Anteil des Gesundheitssektors an den Treibhausgasemissionen bei etwa sechs Prozent. „Wäre der globale Gesundheitssektor ein Land, wäre er der fünftgrößte Emittent von Treibhausgasen weltweit“, sagte Susanne Balzer, Sprecherin der DGIM-AG „Gesundheit und Klima“. Er verursache mehr klimaschädliche Treibhausgase als der Flugverkehr. Während ein Vier-Personen-Haushalt im Schnitt circa 3000 kWh Strom pro Jahr verbraucht, sind es beim MRT jährlich 134.000 kWh. „Wir müssen schauen, wie wir diese Emissionen möglichst schnell reduzieren“, sagte Balzer. Einsparpotenzial sieht die Hausärztin aus Köln zum Beispiel darin, radiologische

Untersuchungen bei unspezifischen Kreuzschmerzen zu vermeiden. Zunächst müssten Prozeduren wie die Dialyse oder die elektrophysiologische Untersuchung bei Vorhofflimmern identifiziert werden, die hohe Einträge an Treibhausgasen verursachen. Ebenso Arzneimittel, die umweltschädlich sind, weil sie Treibhausgase enthalten, wie zum Beispiel Dosieraerosole oder Anästhesiemittel. Da gebe es zum Teil die Möglichkeit, Alternativen zu wählen.

Der Gesundheitssektor stehe also mit Fortschreiten des Klimawandels vor einer Reihe von Herausforderungen: Emissionen müssen reduziert, viele Krankenhäuser hitzeresilienter werden. „Wenn man dort als kranker Mensch auf einer Station liegt, wenn es fürchterlich heiß ist, wird man nicht gesund“, sagte Balzer. Zudem müssten die Patienten über die gesundheitlichen Folgen aufgeklärt und vor Hitze geschützt werden. Politische Vorgaben und eine stärkere Verantwortung der Politik seien hier dringend notwendig.

Offene Fragen nach dem Brand in Kopenhagen

KOPENHAGEN (dpa). Kurz nach dem zerstörerischen Brand in der historischen Börse in Kopenhagen gibt es unermüdlischen Rettungswillen und noch einige offene Fragen. Am Mittwochmorgen bestätigte die Feuerwehr, in der verbrannten Hälfte des Gebäudes seien noch immer Löscharbeiten im Gange, die sich mindestens noch einen vollen Tag hinziehen würden. Seit Dienstagnachmittag ist das Feuer nach Angaben der Feuerwehr unter Kontrolle. Ein Überspringen auf die andere Hälfte des Bauwerks konnte demnach verhindert werden. Im Inneren seien aber wichtige Strukturen zerstört. Auch Teile des Dachs waren eingestürzt.

Zahlreiche Container sollen das Bauwerk abstützen

Eine der größten Herausforderungen: das Gebäude nicht komplett einstürzen zu lassen. Dazu stellten die Einsatzkräfte zahlreiche Container an der Außenseite der Mauer auf, um das Bauwerk so gut es geht zu stützen. Offen bleibt noch immer die Frage, warum es zu dem Feuer kam. Wegen Restaurierungsarbeiten ist das Bauwerk eingerüstet. Ob die Arbeiten etwas mit dem Feuer zu tun hatten, blieb zunächst aber ungeklärt. Ebenfalls ungeklärt ist noch, wie hoch der Schaden wirklich ist. Brian Mikkelsen, Chef der dänischen Handelskammer, die Eigentümerin des Gebäudes ist, bekräftigte, dass das Gebäude auf jeden Fall wieder aufgebaut werden solle.



Die Turmspitze der historischen Börse in Kopenhagen hat den tiefen Sturz überstanden. Foto: dpa

Land unter in der Wüste

„Historische“ Regenfälle in den Vereinigten Arabischen Emiraten: Teile Dubais stehen unter Wasser, Chaos am Flughafen / Mindestens 20 Tote im Oman

DUBAI (dpa). In den Vereinigten Arabischen Emiraten hat sich der heftigste Regen seit Jahrzehnten ereignet und Teile der Metropole Dubai überschwemmt. Es seien die schwersten Niederschläge seit Beginn der Aufzeichnungen vor 75 Jahren, teilte das Zentrum für Meteorologie mit. In der Hauptstadt Abu Dhabi gab es für Schulen, Regierungsseinrichtungen und Unternehmen die Aufforderung, von zu Hause aus zu lernen und zu arbeiten. Die Staatsagentur WAM sprach von einem

„historischen Wetterereignis“. Die Emirate sind ein Wüstenstaat auf der Arabischen Halbinsel mit einem meist trockenen Klima. Statt mit Regen kämpft das Land eher mit zunehmender Hitze. So wurden hier und in Nachbarländern in den vergangenen Jahren Temperaturen über 50 Grad gemessen. In vielen Gegenden fehlt es an Infrastruktur und Abflusssystemen für starken Regen.

Überfordert mit den Wassermassen waren auch die Betreiber des Flughafens Dubai, der mit 87 Millionen Passagieren im vergan-



Schwere Unwetter mit Starkregen haben am Dienstag auch Teile der wichtigsten Autobahnen in Dubai überflutet. Foto: dpa

genen Jahr zu den größten der Welt zählt. Für alle Reisenden der staatlichen Fluggesellschaft Emirates wurde der Check-in in Dubai am Mittwoch vollständig ausgesetzt.

Nach den starken Niederschlägen standen Teile Dubais komplett unter Wasser. Auf Schnellstraßen blieben Dutzende Autos in den Wassermassen stecken. Auf einer der wichtigsten Schnellstraßen, die entlang der Küste durch die Stadt mit 3,6 Millionen Einwohnern führt, kam der Verkehr Mittwochfrüh

zum Erliegen. Einige ließen ihre Autos im Wasser zurück und gingen zu Fuß weiter. In einer U-Bahnstation stand das Wasser den Fahrgästen bis zum Knöchel.

Im benachbarten Oman kamen nach den schweren Regenfällen mindestens 20 Menschen ums Leben. In den Emiraten starb Berichten zufolge ein älterer Mann, als sein Fahrzeug vom Wasser weggeschwemmt wurde.

Die Emirate waren 2023 in Dubai Gastgeber der Weltklimakonferenz COP28.

LEUTE HEUTE

Ikonisch

Die frühere „Baywatch“-Ikone **Pamela Anderson** (56) wird die weibliche Verstärkung für Liam Neeson in der geplanten Neuauflage des „Nackte Kanone“-Klamauks. Anderson stößt zu der Besetzung der Paramount-Pictures-Produktion, wie US-Branchenblätter berichteten. Anderson postete einen der Berichte in einer Instagram-Story. Paramount Pictures hat den Film für Juli 2025 angekündigt.



Pamela Anderson

Spendabel

Schauspieler **Timur Ülker**, bekannt aus der RTL-Serie „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ (GZSZ), hat für ein an Blutkrebs erkranktes Kind Knochenmark spendet. Für den 34-Jährigen sei das „eine echte Herzensangelegenheit“ gewesen, berichtete die Organisation DKMS, die sich dem Kampf gegen Blutkrebs verschrieben hat. 2019 hatte sich Ülker als Spender registrieren lassen.



Timur Ülker Fotos: dpa

Aufgeregt

Hollywoodstar **Henry Cavill** (40, „Superman“) freut sich eigenen Angaben zufolge auf sein erstes Kind. „Ich bin darüber sehr aufgeregt“, sagte der Brite, der die Beziehung mit seiner Freundin Natalie Viscuso im Jahr 2021 öffentlich gemacht hatte. „Natalie und ich sind beide sehr aufgeregt.“ Der Brite bedankte sich bei einer Reporterin, die sagte, dass er bestimmt ein toller Vater werde.



Henry Cavill



GUTEN MORGEN SCHIFFERSTADT

2017: Satellit der TU Dresden reist zur Raumstation ISS

Am 18. April 2017 startet der Satellit SOMP2 („Student On-Orbit Measurement Project“, deutsch: Studentisches Im-Orbit-Messprojekt) der Technischen Universität Dresden mit einer amerikanischen Trägerrakete von der Raketenstation „Cape Canaveral Space Force Station“ in Florida. Mit anderen Kleinsatelliten macht er sich auf den Weg zur ISS. Der Satellit soll unter anderem die Atmosphäre in seiner Umgebung messen. Er wird in einem Gemeinschaftsprojekt von Studenten und Wissenschaftlern der TU Dresden entwickelt. Die ISS verlässt der Satellit am 16. Mai 2017 und fliegt zurück Richtung Erdatmosphäre. Anschließend kann kein Kontakt mehr zum Satelliten hergestellt werden. Im Januar 2021 startet SOMP2b als Ersatz.

2016: Vattenfall will Lausitzer Reviere verkaufen

Am 18. April 2016 entscheidet der Energieriese Vattenfall, seine Lausitzer Reviere zu verkaufen. Vier Tagebaue und mehrere Kohlekraftwerke sind betroffen. Eigentümer sollen die tschechische EPH-Gruppe werden, zu der auch die Mibrag gehört. Mit der Abgabe der Braunkohlegesellschaften will sich Vattenfall stärker auf erneuerbare Energien konzentrieren. Im September 2016 genehmigt die EU-Kartellbehörden den Verkauf.

2001: Gelder für den MDV-Verkehrsbund beschlossen

Am 18. April 2001 beschließen Sachsen und Sachsen-Anhalt die Finanzierung des Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV). Durch den Verbund wird das Fahren mit einem einheitlichen Tarif und einem Ticket ermöglicht. Die Länder fördern das Projekt damals mit 30 Millionen DM. Seit 1. August 2001 gilt das einheitliche Tarifsystem. Insgesamt umfasst das Verbundgebiet mittlerweile eine Fläche von 11.300 Quadratkilometer.

1992: Streit um die Krim

Am 18. April 1992 verschärft sich der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine über die Zugehörigkeit der Halbinsel Krim.

Für Russland geht es unter anderem um seine in Sewastopol stationierte Schwarzmeerflotte. Im russischen Staatsfernsehen heißt es: „Die Krim ist ein äußerst gefährliches Problem“. Nach dem Ende der Sowjetunion 1991 wird der ukrainische Staat unabhängig und die ehemalige „Autonome Sozialistische Sowjetrepublik Krim“ wird Teil der Ukraine. In den Jahren von 1992 bis 1994 unternimmt Russland Abspaltungsversuche der Krim, was einen Streit zwischen der Ukraine und Russland auslöst. 2014 annektiert Russland die Halbinsel, was eine neue Krim-Krise bewirkt.

1990: Wegfall der innerdeutschen Grenzkontrolle

Am 18. April 1990 einigen sich DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel und sein Amtskollege Wolfgang Schäuble auf die Abschaffung der innerdeutschen Grenzkontrollen. Seit dem 1. Juni 1990 gehören Personenkontrollen der Vergangenheit an. Der ungehinderte Grenzübergang nach über 40 Jahren der deutsch-deutschen Teilung ist seitdem wieder möglich.

1945: Massaker von Abtnaundorf

Am 18. April 1945 wird das „Massaker von Abtnaundorf“ in Leipzig verübt. Von 1943 bis 1945 besteht das Konzentrationslager „Leipzig-Thekla“, ein Außenlager des KZ Buchenwald. Die Häftlinge werden zur Zwangsarbeit eingesetzt.

Am Kriegsende versuchen die Nationalsozialisten ihre Verbrechen zu vertuschen: Die gefährlichen KZ-Häftlinge werden auf Todesmärsche geschickt. Im Leipziger Lager bleiben 304 kranke und nicht mehr gefährliche Häftlinge zurück. Sie werden in eine Baracke getrieben, die mit Benzin übergossen wird und durch Beschuss in Brand gesetzt wird. Flüchtende Häftlinge werden niedergeschossen. Die Anzahl der Opfer ist bis heute nicht geklärt, nachweislich haben 67 Menschen überlebt. Von den Tätern wird nur der Personalchef der SA-Führer Walter Wendt 1947 verurteilt. 2001 eröffnet die Gedenkstätte Zwangsarbeit Leipzig auf dem ehemaligen Lagergelände.

Komm ins Team - Nachwuchswerbung bei der Polizei

SCHIFFERSTADT (ots). Am Montag, 29.04.2024, um 17:30 Uhr, gibt die Polizei Schifferstadt, im Waldspitzweg 2, einen Einblick in den spannenden und abwechslungsreichen Job der Polizei. Hierbei geht es unter anderem um die Aufgaben der

Polizei, wie der Tagesablauf aussehen kann und welche Einstellungsbedingungen bestehen. Interessierte ab 14 Jahren können sich per E-Mail, pischifferstadt.einstellungen@polizei.rlp.de, oder telefonisch unter 06235/495-0 anmelden.

Heimat sehen. Heimat spüren. Heimat lesen.

Schifferstadter Tagblatt.

WIR GRATULIEREN

Frau Sigrig Irene Heggenberger, zum 85. Geburtstag.
Frau Anna Schreiner, zum 85. Geburtstag.

Ein Leben im Regime

ZEITZEUGE ALS GESPRÄCHSPARTNER Bernd Wittich besucht Realschule plus

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. Das Bündnis für Toleranz und Vielfalt ist ein Zusammenschluss verschiedener Gremien und Institutionen. Auch der Jugendstadtrat gehört dazu. Gemeinschaftlich haben sich alle Mitwirkenden generationenübergreifend dafür ausgesprochen, die Schulen in die nachhaltige Arbeit einzubinden. Mit einem Zeitzeugengespräch reagierte die Realschule plus unmittelbar auf dieses Ansinnen.

Politisches System und Gewaltenteilung steht auf dem Lehrplan der neunten Klassen. Wie das Individuum vor allzu großer Macht des Staates geschützt werden kann, steht als Frage dahinter. Umso interessanter für die rund 100 Jugendlichen war es, aus dem Munde eines Zeitzeugen zu hören, was Diktatur im wirklichen Leben bedeutet.

Als Gast auf der Bühne der Aula im Paul-von-Denis-Schulzentrum hatte Lehrer Patrick Poss - gleichzeitig Beigeordneter der Stadt für den Bereich Generationen und Soziales - den Kontakt zu Bernd Wittich gesucht. Der Vorsitzende des Schifferstadter Seniorenbeirats ist im DDR-Regime aufgewachsen und hatte demzufolge einiges zu erzählen.

Wie es ihm erging schilderte Wittich den Realschülern in anschaulicher Art und Weise. Deutlich machte er den jungen Zuhörern, dass das Leben für die Menschen in der DDR standardisiert gewesen ist. „Wer in diesem Regime aufwächst, kennt es nicht anders

und vermisst nichts“, lautete die Botschaft. Nicht unerwähnt ließ Wittich jedoch, dass es zu massiver Gegenwehr gekommen sei, wenn die Menschen öffentlich Kritik äußerten.

Er selbst war davon betroffen. Wittich sei unter anderem mit dem Ausschluss aus dem Studium oder der Lehrgemeinschaft sowie mit weiteren Konsequenzen gedroht worden. Tief beeindruckt waren die Zuhörer von den Schilderungen, nicht zuletzt, da ihnen dadurch deutlich aufgezeigt wurde, welche Freiheit sie selbst haben.

Wittich wies zudem darauf hin, dass er selbst in seiner Jugend bereits festgestellt habe, dass über diverse Themen zuhause einfach nicht geredet wurde. Stattdessen habe es eine „Mauer des Schweigens“ unter den Erwachsenen gegeben.

Etlche Fragen konnte Wittich am Ende seiner Zeitzeugengeschichte noch beantworten. Zwei der markantesten waren das Nachhaken zur Rolle der Frau in der DDR sowie die Überlegung, ob die Spaltung zwischen West- und Ostdeutschland möglicherweise zu einem technischen Fortschritt geführt hat aufgrund eines Wettbewerbsgedankens.

Angekommen waren die Botschaften Wittichs bei den Jugendlichen. Im Nachgang habe sich sogar eine Mutter auf die begeisterte Erzählung ihres Sohnes hin bei Poss gemeldet, die selbst in Bautzen groß geworden war und einen Austausch mit dem Zeitzeugen anstrebt.



Einblicke in das eigene Leben: Bernd Wittich (2.v.l.) wurde von Lehrer Patrick Poss (li) und den Schülerinnen Jana Schertel und Sophie Rumm befragt. Foto: suk

Start neuer Kurse bei der Vhs

SCHIFFERSTADT. Am Samstag, 27. April 2024 findet von 09:00 Uhr bis 16:00 Uhr der Kurs „Microsoft Outlook - Mail- und Terminmanagement“ im Schifferstadter vhs-Bildungszentrum, Neustückweg 2, statt.

Outlook ist das meistbenutzte E-Mail Programm der Welt. Aber Outlook geht weit über die E-Mail Verwaltung hinaus. Neben der klassischen Funktion als reines E-Mail-Programm hilft Ihnen Outlook, Termine professionell zu verwalten, Aufgaben zu planen, Termine einzuhalten, Kunden in einer Datenbank zu pflegen.

Themen: Grundlagen und

Bedienoberfläche - Kontakte verwalten - Adressbuch nutzen und Verteilerlisten erstellen - Termine und Besprechungen planen - elektronischen Kalender nutzen - Aufgaben einrichten und verwalten - Posteingang organisieren und grundlegende E-Mail-Funktionen verwenden - Journale zur Dateiverwaltung nutzen und mit Notizen arbeiten.

Anmeldungen sind online unter www.vhs-rpk.de möglich. Für weitere Informationen können sich Interessierte bei der Stadtverwaltung Schifferstadt vormittags unter der Telefonnummer 06235/44-593 melden.

Whisky-Seminar: Neue Abfüllungen, Neues von der Whiskymesse

Am Freitag, 3. Mai 2024 findet um 19:00 Uhr der Kurs „Whisky-Seminar: Neue Abfüllungen, Neues von der Whiskymesse“ in der Schifferstadter Adlerstube, Kirchenstraße 17, statt. Sie trinken gerne Whisky, möchten aber noch ein bisschen mehr über Brennereien, Land und Leute, Fasstypen, Stärken, nationale oder regionale Besonderheiten oder Neuheiten erfahren? Dann sind Sie bei unseren Tastings richtig.

Wir geben einen Einblick auf die neuen Marktentwicklungen

und schulen unser Sensorikwissen mit verschiedenen aktuellen Single Malt Whiskys, die erst vor Kurzem abgefüllt wurden. Auch die ein oder andere neuere Brennerei auf der Insel wird an diesem Abend vorgestellt. Die Whiskys können noch sehr jung sein, aber auch der ein oder andere Oldie, der erst abgefüllt wurde, wird verkostet werden. Wir schauen uns auf der Whiskymesse in Limburg um, um uns inspirieren zu lassen. Gehen Sie mit auf eine Reise rund um Schottlands Brennereien. Vielleicht gibt es auch den ein oder anderen neuen Weltwhisky, lassen Sie sich überraschen von unserer

Auswahl. Hintergrundinformationen zu den Brennereien, deren historische Entwicklung und den Einfluss auf dem Whiskymarkt stehen ebenfalls auf dem Programm.

Dieses Seminar ist geeignet für Interessierte und Einsteiger, aber auch Liebhaber des flüssigen Goldes mit mehr Erfahrung kommen hier auf Ihre Kosten.

Anmeldeschluss ist der 29.04.2024. Anmeldungen sind online unter www.vhs-rpk.de möglich. Für weitere Informationen können sich Interessierte bei der Stadtverwaltung Schifferstadt vormittags unter der Telefonnummer 06235/44-593 melden.



NEU! Das Tagblatt auf seinem WhatsApp-Kanal

Exclusive Neuigkeiten und Nachrichten aus Schifferstadt und der Region direkt aufs Smartphone.

Immer informiert sein - überall - zu jeder Zeit.

QR-Code einscannen - kostenlos abonnieren und aktivieren.



Die Lokalzeitung für Schifferstadt. Seit 1905. Ganz modern.

Schifferstadter Tagblatt

KURZ UND BÜNDIG



Horizont-Stiftung:
Senioren-Kinonach-
mittag im
Rex-Kino-Center

SCHIFFERSTADT. Am 25.4.2024 lädt die Horizont Peter + Maria Kinscherff Stiftung um 15.00 Uhr zum Senioren-Kino in das Rex-Kino-Center in Schifferstadt ein. Einlass ab ca. 14.30 Uhr, Anmeldung nicht notwendig, der Eintritt ist frei. Zu sehen ist der Film „Weißt du noch“ mit Senta Berger und Günther Maria Halmer. Gerne dürfen Junggebliebene aus Schifferstadt und Umgebung an diesem Nachmittag Kinoflair genießen.

Mit dem Kino Nachmittag erweitert die Stiftung ihr Projektportfolio. Zukünftig möchte die Stiftung neben der direkten Hilfe von armutsbetroffenen Rentner und Rentnerinnen, gemeinsam mit Akteuren vor Ort, niedrigschwellige Angebote für Senioren mitgestalten und fördern. Finanzielle und soziale Armut unter älteren Menschen sind wachsende Herausforderungen in der Gesellschaft, sie bilden die Förderschwerpunkte in den Aktivitäten der Stiftung. Die Stiftung hat ihren Sitz in Schifferstadt und fördert in der Vorderpfalz. Infos zur Stiftung über www.horizont-seniorenhilfe.de oder Tel. 06235 958367.

Spendenübergabe
Ökumenischer
Hungermarsch 2023
und Vorstellung des
neuen Projektes 2024

SCHIFFERSTADT (ise). Das ökumenische Hungermarschteam lädt alle Interessierten für Donnerstag, 18. April, ab 19 Uhr ins Protestantische Gemeindehaus, Langgasse 54 ein. An diesem Abend wird die Spendenübergabe aus dem letztjährigen Ökumenischen Hungermarsch an den Verein MANTHOC e.V. in Peru erfolgen. Der Erlös soll für eine wetterfeste Überdachung des Schulhofs der MANTHOC Grundschule verwendet werden. Diese kann sowohl dem Regen- als auch dem Sonnenschutz während der Pausen und des Sportunterrichts, der ebenfalls dort stattfindet, dienen. Der Verein wird seit vielen Jahren durch den Arbeitskreis „Mission-Entwicklung-Frieden“ der Pfarrei Heilige Edith Stein unterstützt. Er wurde 1986 von Pfarrer Alois Eichenlaub aus Herxheim gegründet, der 1957 und 1958 Kaplan in St. Jakobus war. Weiterhin wird das nächste Projekt des Ökumenischen Hungermarsches vorgestellt, der am Sonntag, 5. Mai, stattfindet. Unterstützt wird dieses Mal die Christoffel Blindenmission für ein Projekt im Kongo. Konkret soll die Ausbildung von augenmedizinischem Fachpersonal. Diese Fachleute werden dringend benötigt, damit viele blinde Menschen wieder sehen können. Das Hungermarsch-Team würde sich über eine rege Teilnahme am 18. April freuen.

BEILAGENHINWEIS

Der heutigen Ausgabe liegt ein Flyer „Immer ebbes los“ der Stadtverwaltung Schifferstadt bei.

Schifferstadt radelt wieder

Beim Stadtradeln 2024 die Natur in Schifferstadt und Umgebung neu entdecken



SCHIFFERSTADT. Klima schützen, Radverkehr fördern und etwas für die eigene Gesundheit tun. Ganz nach diesem Motto nimmt Schifferstadt ab Sonntag, 5. Mai 2024, zum sechsten Mal in Folge beim Stadtradeln teil. 21 Tage lang treten deutschlandweit Millionen von Fahrradbegeisterten für mehr Lebensqualität in die Pedale. Alle Teilnehmer können hochwertige Preise rund ums Rad gewinnen. Fahrradtouren – alleine oder gemeinsam – bieten die Möglichkeit die Rettichmetropole, die nähere Umgebung und den Weg zur Arbeit ganz neu zu entdecken. Die Preisverleihung findet auch in diesem Jahr am Rettichfest-Samstag, 15. Juni statt.

In der Stadtradeln-App können alle Fahrradfrende ihre gefahrenen Kilometer festhalten. Wer ein eigenes Stadtradeln-Team gründen oder einem bereits bestehenden beitreten will, kann sich auf <https://www.stadtradeln.de/schifferstadt> registrieren. Bei Rückfragen helfen die städtischen Kl-

maschutzmanagerinnen Elisa Jung und Nicole Dörr unter der Telefonnummer 06235 / 44215 oder per E-Mail an elisa.jung@schifferstadt.de gerne weiter.

Ein besonderes Highlight der diesjährigen Stadtradeln-Kampagne bildet eine gemeinsame

noch veröffentlicht. Etwa ein Fünftel der klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen in Deutschland entstehen im Verkehr, sogar ein Viertel der CO₂-Emissionen des gesamten Verkehrs verursacht der Innerortsverkehr. Wenn circa 30 Pro-

EINE KAMPAGNE DES



KLIMA BÜNDNIS

21km lange Radtour rund um Schifferstadt mit der Bürgermeisterin Ilona Volk. Diese findet als Abschluss der Aktion am Samstag 25. Mai um 14 Uhr statt. Treffpunkt ist vor dem Rathaus. Hierzu sind alle Altersgruppen herzlich eingeladen. Eine Pause ist an der Fischerhütte geplant. Detaillierte Informationen werden

zent der Kurzstrecken bis sechs Kilometer in den Innenstädten mit dem Fahrrad statt dem Auto gefahren würden, ließen sich etwa 7,5 Millionen Tonnen CO₂ vermeiden. Für mehr Klimaschutz und Radverkehr treten seit 2008 Kommunalpolitikerinnen und -politiker sowie Bürgerinnen und Bürger beim Stadtradeln in die Pedale.

Finanzielle Transparenz im Gaming: Sparkassen führen In-Game-Rechner ein

LUDWIGSHAFEN/SPEYER/SCHIFFERSTADT. Die Sparkassen setzen einen neuen Meilenstein für finanzielle Transparenz im Gaming-Bereich: Mit der Einführung des In-Game-Rechners ermöglichen sie es Spielern und Spielerinnen, die In-Game-Währungen der 30 größten Online-Spiele in Euro umzurechnen. Dadurch erhalten sie in Echtzeit einen klaren Überblick über ihre Ausgaben im Spiel. Der kostenlose Rechner ist ab sofort als App, Browser-Erweiterung und auf der Website www.sparkasse.de/in-game-rechner verfügbar.

Klarheit in virtuellen
Finanzen

In vielen Online-Spielen werden eigene Währungen verwendet, um digitale Gegenstände oder kosmetische Inhalte zu erwerben. Doch diese virtuellen Währungen

erschweren oft die Erfassung der tatsächlichen Ausgaben, da sie den Bezug zu realen Geldbeträgen verschleiern. Alexander Jusmann, Leiter Marketing und Kommunikation der Sparkasse Vorderpfalz, erklärt: „Unser In-Game-Rechner schafft hier Klarheit und unterstützt Spielerinnen und Spieler sowie Eltern dabei, den finanziellen Überblick im Gaming zu behalten. Wir bieten eine verlässliche Hilfe, um virtuelle Ausgaben zu kontrollieren und verantwortungsbewusst zu agieren.“

Einfache Nutzung und
Datenschutz

Der In-Game-Rechner ermöglicht die Umrechnung der In-Game-Währungen der größten 30 Spiele, indem die gewünschte Währung ausgewählt und der Betrag eingegeben wird. Mit der begle-



Alexander Jusmann, Leiter Marketing und Kommunikation der Sparkasse Vorderpfalz, betont die Bedeutung finanzieller Transparenz im Gaming-Bereich.
Foto: Sparkasse Vorderpfalz

tenden App kann sogar der Bildschirm fotografiert werden, um die Umrechnung direkt auf dem Display anzusehen. Dabei steht Datenschutz an erster Stelle, da die App nur relevante Informationen für die Umrechnung scannt.

Für Spieler und Eltern
gleichermaßen

Neben der Website und der App bieten die Sparkassen auch eine Browsererweiterung an, die es Spielern ermöglicht, den Euro-Wert von In-Game-Produkten direkt im Browser zu sehen. Diese Erweiterung ist mit Browsern wie Safari, Chrome, Firefox und Edge kompatibel. Der In-Game-Rechner ist somit nicht nur ein nützliches Werkzeug für Spieler und Spielerinnen, sondern auch für Eltern, die Einblick in die Ausgaben ihrer Kinder im Gaming-Bereich erhalten möchten.

Eltern
vor Gericht

LANDAU (dpa). Weil sie für ihre 39-jährige, schwer erkrankte Tochter keine ärztliche Hilfe geholt haben, müssen sich Vater und Stiefmutter vom 29. April an vor dem Landgericht Landau verantworten. Den 73- und 48-jährigen Angeklagten werde unter anderem fahrlässige Tötung durch Unterlassen vorgeworfen, teilte das Gericht am Dienstag mit. Der Vater werde zudem beschuldigt, seine psychisch und körperlich kranke Tochter in ihrem Zimmer in Vollmersweiler (Kreis Germersheim) dreimal ans Bett gefesselt zu haben. Der Vorwurf lautet auf Freiheitsberaubung. Die Frau sei immer kränker geworden und im Februar 2022 gestorben. Die Obduktion ergab als Todesursache eine Lungenembolie sowie Bronchitis und Flüssigkeitsmangel. „Den Angeklagten wird vorgeworfen, fahrlässig den lebensbedrohlichen Zustand ihrer Tochter verkannt und ab dem Zeitpunkt, als die Frau keinen eigenen Willen mehr bilden konnte, keinen Arzt hinzugezogen zu haben.“

Veranstaltungen im Kulturzentrum dasHaus im April

LUDWIGSHAFEN. Grad*Jetzt: Gegen die Angst: Am 17. April 2024 um 19:30 Uhr fällt im Döme des Kulturzentrums dasHaus in Ludwigshafen der Weltuntergang einfach mal aus, wenn Louisa Schneider sich mit ihrer Live-Show „Grad*Jetzt: Gegen die Angst“ an all jene wendet, die sich ängstlich, machtlos oder ohnmächtig angesichts der Klimakrise fühlen. Für die interaktive Greenpeace-Live-Reportage besuchte Schneider fünf sogenannte „Kippunkte“ auf unserem Planeten, spürte die Hitze der Waldrodungen in Brasilien, sah in Senegal ganze Häuser und Strände verschwinden, hörte das Eis in Kanada & Grönland knacken und tauchte zu den ausgebleichten Korallen in Australien. Doch überall begegnete sie auch unglaublich mutigen Menschen, die heute schon stark von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind und doch furchtlos in die Welt von morgen aufbrechen. Angetrieben von diesem Mut zeigt Louisa Wege, eine gerechtere Welt für alle

zu erschaffen und demonstriert, wie mit Offenheit und Hoffnung, Humor und Entertainment und noch viel mehr Empathie die Systeme, unter denen Menschen und unsere Lebensgrundlage leiden, abgeschüttelt werden können.

Beginn 19:30 Uhr, Eintritt frei, weitere Infos unter www.dashaus.de

Blues Session mit Olli
Roth

Am 18. April 2024 zelebriert die Elville Blues Band um Tom Schaffert den Blues im Döme des Kulturzentrums dasHaus. Dieses Mal ist als Gast der Gitarrist Olli Roth mit seinen beiden Markenzeichen – der akustischen Gitarre und seiner herausragenden Stimme – zu Gast! Ob gefühlvolle Balladen, Up-tempo-Songs oder auch mal stampfende Swamp Grooves: Roth liefert handgemachte Musik, die direkt aus der Seele kommt – immer nach dem Motto: „Let the music do the talking“. Auf jeder Bühne sofort zuhause, schafft er es, sein Publikum

von der ersten Minute an in seinen Bann zu ziehen. Eines von Olli Roths bestechendsten Merkmalen ist dabei seine unglaubliche Spielfreude und die musikalische Hingabe, mit der er selbst jede Coverversion zu einem eigenen Song werden lässt. Und wie immer bildet die Elville Bluesband nicht nur den Rahmen. Die fantastische Truppe um Tom Schaffert (Gitarre), Sam Sommer (Schlagzeug), Frowin Ickler (Bass) und Tom Karb (Hammond) wird wieder zu begeistern wissen – what you see is what you get, alles handgemacht.

20 Uhr, Eintritt frei, weitere Infos unter www.dashaus.de

Harfenklänge mit Die P

Auch im April feiern die Music Gourmets eine fette Jam im Döme des Kulturzentrums dasHaus. Am 20.4. ist die Bonner Rapperin Die P zu Gast, die nicht umsonst als die Lieblingsrapperin deiner Lieblingsrapper gilt. Zu ihren Fans zählen Megaloh, AchtVier und Torch,

sie spielte Auftritte auf Festivals wie dem Reeperbahn Festival, dem splash! und der Tapefabrik kollaborierte mit Acts wie MC Rene, Pimf und Musa. Ihr Ansehen hat Die P sich hart erkämpft: mit Beats abseits von aktuellen Trends, mit selbstbewussten, intelligenten und feministischen Texten sowie einer Energie, die man einfach live erlebt haben muss.

20 Uhr, ab 21,69€, weitere Infos unter www.dashaus.de

Grails

Am 27. April 2024 wird es psychedelisch, wenn die Post-Rock-Außenseiter von Grails ihr einziges Deutschlandkonzert im Döme des Kulturzentrums dasHaus spielen. Seit ihrer Gründung im Jahr 1999 wehrt sich die Band hartnäckig gegen gängige Klischees der instrumentalen Musik. Diese konsequente Verweigerung zeigt sich auch auf ihrem 2023 erschienenen Album „Anches en Maat“, das – gespickt mit feinen Texturen, epischen Hooks und einfalls-

reicher Instrumentierung – die einzigartige Position von Grails in der weit verzweigten Underground-Szene festigt. Die Band kombiniert die Einflüsse zahlreicher Bands aus verschiedenen Genres in ihrer ganz eigenen Form, schwankt zwischen klassischem Post-Rock, Psychedelic, Prog und den versulpenen Film-Soundtracks der 70er-Jahre, ohne

sich jemals festzulegen: Grails sind stilistische Weltenbummler, die in der Lage sind, ihr disparates musikalisches Erbe mit unvergleichlicher Anmut und Sicherheit zu vermischen, um neue Sprachen aus Genres zu schaffen, die nie dafür gedacht waren, zusammen zu funktionieren. 20 Uhr, ab 22,60€, weitere Infos unter www.dashaus.de

Digitale Einzelausgabe!

www.schifferstadter-tagblatt.de

Hier können Sie von jedem
Erscheinungstag Ihre Einzelausgabe
in digitaler Form als pdf-Datei bestellen.

Eine Ausgabe von Montag bis Freitag
kostet 1,20 Euro,
die Samstagsausgabe 1,30 Euro.

Schifferstadter Tagblatt

Wo neue Perspektiven wachsen

Ehemaliges Mannheimer Buga-Gelände als Klimapark wiedereröffnet / Früherer Haupteingang und Seilbahn sind verschwunden

Von Marco Partner

MANNHEIM. Am 14. April 2023 wurde die Bundesgartenschau spektakulär eröffnet. Mit Besuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, einem Konzert samt singender Pflanze und 178 feierlichen Buga-Tagen vor der Brust. Exakt ein Jahr später wird eine Teilfläche des Ex-Militärgeländes als Klimapark und Frischluftkorridor wieder der Bevölkerung freigegeben. Mit ökumenischem Gottesdienst, Führungen und Festreden. Ein wenig Wehmut schwingt da bei treuen Buga-Fans mit, aber auch die spürbare Freude bei Familien, Radfahrern und vor allem: Hundebesitzern.

Bislang mussten sie draußen bleiben. Vierbeinern wie dem kleinen, wuscheligen Chewie war das Betreten der Buga-Fläche untersagt. Nur vier Mal hat die Familie Baumann die Bundesgartenschau daher im letzten Jahr von innen gesehen. „Die Frage war immer: Wo bleibt der Hund? Sonst hätten wir die Buga sicherlich öfter besucht“, sagt Mutter Stefanie, während die Kinder an einem der Spielplätze unweit des neuen Spinelli-Stadtteils herumkraxeln.

Zwischen Artenschutz und Freizeitnutzung

Die Klettergerüste, Rutschen und Schaukeln bis hin zum Parkour wurden bewusst an den Rand der Buga gebaut, um dauerhaft zu bleiben. „Das ist ein Mehrwert für den Stadtteil und darüber hinaus ein neuer Anziehungspunkt“, sagt Vater Stefan über die Vielfalt an Spielmöglichkeiten, die nun zum kostenlosen Freizeitparadies werden und schon länger wieder betretbar sind. Die Wege zum sogenannten Klimapark-West aber blieben bislang gesperrt. Vor allem, da die Zaunfrage zum Schutz von Haubenlerchen, Kreuzkröten oder Gelbspöttern lange nicht geklärt war. Ein einfacher Holzzaun statt



Der neue Radschnellweg wie auch die einstigen Buga-Spielplätze werden bereits stark frequentiert.

Foto: Marco Partner

der befürchteten, meterhoher Umrüstung bildet laut Oberbürgermeister Christian Specht nun einen „guten Kompromiss zwischen Freizeitnutzung und notwendigem Artenschutz“. Fußgänger wie Radfahrer (die ihren fahrbaren Untersatz während der Buga draußen parken mussten) begeben sich bei schwülen T-Shirt-Wetter auf den langen Weg zum Panoramasteg, stattdessen dem nun wieder eröffneten Apéro-Restaurant unweit des Lapidariums einen Besuch ab und schwelgen in Erinnerung.

„Wir haben die Buga bestimmt 50- oder 60-Mal besucht, manchmal sogar zwei-

mal am Tag. Das Gelände haben wir daher sehr vermisst“, gesteht Ex-Dauerkartenbesitzer und Familienvater Philipp Rüschen, dass er sich das Re-Opening schon früher gewünscht hätte. Aus Wallstatt ist es mit dem Rad nur ein kurzer Weg, das Wiedersehen löse nun durchaus gemischte Gefühle aus. „Es ist ein kleines Déjà-vu-Erlebnis, man wird nochmal daran erinnert, wie schön diese sechs Buga-Monate waren“, sagt Ehefrau Michaela. Nun hege man die Hoffnung, dass die Stadt das Areal nach und nach auch kulturell wieder belebt.

Doch das ist noch Zukunftsmusik. Denn die andere Sei-

te, die als Experimentierfeld bekannte Hauptausstellungsfläche bleibt zunächst noch gesperrt und von Bauzäunen umstellt.

Wo einst Blumen blühten und Konzerte bis in den Sonnenuntergang hinein gefeiert wurden, sind nun Erdhügel und Betonhaufen aufgeschichtet, der frühere Haupteingang und auch die Seilbahn wie vom Erdboden verschluckt. Nach und nach sollte aber auch dieses Terrain zurückgebaut und zu einem noch ungewissen Zeitpunkt wieder eröffnet werden.

„Es wachsen nun neue Perspektiven“, gibt Gemeindeforferin Barbara Kraus beim

ökumenischen Gottesdienst im Holzpavillon ihren Segen. „Der Buga-Blues ist nun vorbei“, verkündet Specht. Und auch der neue Radschnellweg ist am sonnigen Sonntag stark frequentiert. Für das Rentnerpaar Waltraud und Peter Ott aber ist die vertraute Fläche nur einen kurzen Abstecher wert. Die geschätzten 60 Besuche von Familie Rüschen können sie noch toppen. „Wir waren fast jeden Tag da und sind sehr glücklich, dass wir dieses Angebot so genutzt haben“, sagt Waltraud, und gerät vor allem bei den vielen, im Eintrittspreis inbegriffenen Konzerten oder beim Anblick des klei-

nen Wasserstegs im Innenhof ins Schwärmen.

Die Wiedereröffnung sieht ihr Mann mit einem lachenden und weinenden Auge. „Für junge Leute und Kinder sind die Spielplätze toll, keine Frage. Aber ich fürchte auch, dass es zum Hundeparadies wird“, sagt Peter Ott. Nach Kotbeutel für die Freunde auf vier Pfoten sucht man noch vergebens, Schilder weisen jedoch auf die Anleimpflicht hin. Die Otts steigen sodann auf ihren Drahtesel und machen sich auf dem anderen Teil der Buga, für den sie seit Jahrzehnten eine Dauerkarte besitzen: den Luisenpark.

Mann attackiert Bekannten mit Schlagring

LUDWIGSHAFEN (red). In Ludwigshafen hat ein 40-jähriger Mann seinen 53-jährigen Bekannten mehrmals mit einem Schlagring geschlagen und verletzt. Wie die Polizei mitteilt, kam es am Montagabend gegen 21.15 Uhr in einer Wohnung in der Mundenheimer Straße zu dem Angriff. Der mutmaßliche Täter war jedoch schon aus der Wohnung verschwunden, als die Polizei eintraf. Der 53-Jährige wurde leicht verletzt in ein Krankenhaus gebracht. Eine Fahndung nach dem 40-Jährigen verlief zunächst erfolglos.

Allerdings wurde die Polizei am frühen Dienstagmorgen gegen 1.45 Uhr erneut alarmiert, weil der 40-Jährige eine Wohnungstür in einem Mehrfamilienhaus in der Yorkstraße eingetreten und Bargeld aus der Wohnung entwendet hatte. Als die Polizei hinzukam, hatte der Mann gerade eine weitere Wohnungstür gewaltsam geöffnet. Er wurde in Gewahrsam genommen und zu einer Polizeidienststelle gebracht.

Da er augenscheinlich unter Einfluss von Alkohol und Betäubungsmitteln stand, sollte ihm eine Blutprobe entnommen werden. Hierbei spuckte er einem Polizeibeamten ins Gesicht und leistete gegen die anschließende Fixierung erheblichen Widerstand. Der 40-Jährige muss sich nun unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Diebstahl und wegen Körperverletzung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte verantworten.

Mann in Waschanlage verletzt

MANNHEIM (dpa). Nach dem mutmaßlichen Bedienfehler eines Seniors am Steuer ist ein Mann in einer Autowaschanlage in Mannheim von einem Auto überrollt und verletzt worden. Polizeiangaben zufolge war ein 83-Jähriger am Montag in eine Autowaschanlage gefahren und hatte unbeabsichtigt Gas gegeben. Dadurch prallte sein Wagen auf ein anderes Auto, das in der Waschanlage stand. Dieses erfasste einen 29-jährigen Mann, der dabei war, es abzuspritzen, und schleuderte ihn zu Boden. Im Anschluss rollte noch der Wagen des Seniors über den Unterschenkel des am Boden liegenden Mannes. Der jüngere Mann kam ins Krankenhaus, auch der Senior verletzte sich leicht. Die Polizei schätzte den Schaden auf 10.000 Euro. Der Senior muss sich den Angaben zufolge wegen fahrlässiger Körperverletzung verantworten.

Wäscheständer hängt 25 Meter hoch im Baum

LUDWIGSHAFEN (dpa). Der kräftige Sturm am Montag hat in Ludwigshafen einen Wäscheständer weit nach oben geweht: Die Feuerwehr entdeckte ihn in einem Baum 25 Meter über dem Boden, wie sie am Abend mitteilte. Es habe infolge des Unwetters etwa 360 Notrufe und 80 Einsätze gegeben. Unter anderem stürzten Bäume auf Straßen oder Stromleitungen. Auch lose Dachziegel sowie umgestürzte Bauzäune lösten Feuerwehreinätze aus. Verletzte habe es nicht gegeben, hieß es weiter.

Schifferstadter Tagblatt – Print oder digital!

ROMAN



Donna Leon, Geheime Quellen
Aus dem Amerikanischen
von Werner Schmitz
© 2020 by Diogenes Verlag AG Zürich

Folge 82

»Hast du das mitbekommen?«, fragte Brunetti.

»Was denn?«, fragte Griffoni verwirrt.

»Du fragst sie, wo die Ergebnisse sind. Dann geht die Tür auf, und jemand kommt rein, dabei hatte sie doch gebeten, dass die Mädchen sie an diesem Tag nicht besuchen sollten. Sie hat reichlich Zeit zu sehen, dass die Mädchen gehorcht haben und nicht gekommen sind. Und dann sagt sie: »Die Mädchen. Die Mädchen.«

»Richtig«, stimmte Griffoni zu, verstand aber immer noch

nicht.

»Sie antwortet auf deine Frage, Claudia. Sie sagt dir, wo die Ergebnisse sind. Sie sind bei den Mädchen.«

Griffonis Hand, die im Begriff war, eine Strähne aus dem Gesicht zu streichen, erstarrte auf halbem Weg. Griffoni ließ die Hand sinken, setzte die Aufzeichnung etwas zurück, und wieder hörten sie die Frage: »Können Sie mir sagen, wo sie sind?«

Das Klopfen, das endlose Quietschen und dann die noch längere Pause, ehe sie »Die Mädchen« sagt, und dann der muntere Auftritt der Ärztin.

Griffoni stellte das Handy aus und sagte: »Natürlich.«

Brunetti ließ Griffoni den Anruf machen. Signora Toso meldete sich, und Griffoni fragte, wie es ihr und den Mädchen gehe. Die Frau begann zu reden, Griffoni hielt den Daumen hoch und machte ab und zu ein zustimmendes oder mitfühlendes Geräusch. Nachdem sie die Frau hatte ausreden las-

sen, fragte Griffoni, ob Signora Toso bereit sei, noch einmal mit ihnen zu sprechen, sie hätten Neuigkeiten, die vielleicht weiterhelfen könnten.

»Wie wär's nach dem Mittagessen?«, schlug Griffoni vor. Also wenn die Mädchen am ehesten zu Hause sind, dachte Brunetti und bewunderte erneut die diskrete Art, mit der Griffoni ihre Durchtriebenheit zu bemänteln verstand.

Nach einem Essen, von dem sie beide nichts mitbekamen, ließen sie sich von Foa vor San Pantalon absetzen, ein Märtyrer, den Brunettis Mutter, wie er sich erinnerte, besonders verehrt hatte – war da nicht was mit flüssigem Blei und einem schwimmenden Stein?

Auf der riva hielt Griffoni sich rechts, bog dann vor Tonolo am Ende der calle links ab und führte ihn zielsicher zu der Brücke. »Ich bin das kürzlich noch einmal abgelaufen, habe aber keinen Kaugummi unterm Geländer gefunden«, sagte sie, und es klang ein we-

nig enttäuscht.

Vor dem Haus unten angekommen, läutete er, und dann stiegen sie langsam in den dritten Stock.

Signora Toso stand in der Tür, gab beiden die Hand und ließ sie hinein. Unterwegs hatten die zwei besprochen, wie sie der Frau das Nötigste erzählen könnten, ohne zu erwähnen, woher sie es so genau wussten: Beide wollten ihr nicht zumuten, die Stimme ihrer Schwester so kurz vor ihrem Tod zu hören.

Essensgerüche standen noch in der Wohnung: Linsen, irgendwas mit Paprika und Fisch. »Die Mädchen ruhen sich aus«, sagte sie und bat sie ins Wohnzimmer.

Wieder in dem Zimmer mit Blick über den Campo Santa Margherita, erklärte Griffoni den Anlass für ihren abermaligen Besuch. »Als Ihre Schwester sagte, sie habe Vittorios Ergebnisse nicht, habe ich gefragt, ob sie wisse, wo die abgeblieben sind.« Brunetti machte

sich auf die vier Worte gefasst, welche die Sterbende ausgerufen hatte und die immer noch quälend in ihm nachhallten.

»Sie hat geantwortet: »Die Mädchen, die Mädchen.«, fuhr Griffoni so ruhig fort, wie es ihr möglich war.

Signora Toso schloss die Augen, sank auf dem Sofa zurück und hielt sich wie ein kleines Kind den Mund zu. Sie schüttelte den Kopf: Reuig? Vorwurfsvoll?

Sie schlug die Augen auf, sah zu Brunetti, ließ jede Förmlichkeit beiseite und fragte in Veneziano, ihrer gemeinsamen Sprache: »Das hat sie gesagt?«

»Ja.«

»Sie haben das selbst gehört?«, fragte sie ihn. Nicht dass Signora Toso die Anwesenheit seiner Kollegin nicht bemerkte. Sie hätte Griffonis Knie berühren können, so nah saß sie bei ihr. Sie suchte lediglich ein vertrautes Gegenüber.

»Lo go sentio«, sagte Brunetti wahrheitsgemäß. Er hatte es gehört.

Fortsetzung folgt

ANZEIGEN

Erlöst!

Der Mensch, den wir liebten, ist nicht mehr da, wo er war. Aber überall, wo wir sind und ihrer gedenken.

Maria Hörner
geb. Schuster
* 7. 2. 1940 † 31. 3. 2024

Lis (Schwester) und Claus Hennig
Peter Münch (Lebensgefährte)

Schifferstadt,
den 18. April 2024

Auf Wunsch von Mia wurde sie im engsten Kreis beigesetzt.





Trost und Hilfe

Trauerkarten
Trauerbriefe
Sterbebilder
Trauerdankkarten

Individuell gestaltet

geier
GEIER-DRUCK-VERLAG KG

Bahnhofstraße 70
Telefon 06235/92690
info@geier-druck-verlag.de



Bekanntmachung
www.schifferstadt.de

Bekanntmachung über die Aufhebung/Entwidmung des Stadtfriedhofes Schifferstadt

Gemäß § 7 Absatz 1 Satz 1 Bestattungsgesetz Rheinland-Pfalz (BestG) können Friedhöfe für andere Zwecke gewidmet werden (Aufhebung). Die Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis hat mit Schreiben vom 25.03.2024 der Aufhebung/Entwidmung zugestimmt.

Dies wird hiermit im Sinne von § 7 Absatz 1 Satz 2 BestG öffentlich bekannt gemacht.

Die Bekanntmachung finden Sie auch auf o. g. Homepage.

Schifferstadt, 12. April 2024

Ilona Volk
Bürgermeisterin

Schifferstadter Tagblatt –
Print oder digital!



Verein der Hundefreunde e.V. 1921/49 Schifferstadt

EINLADUNG

Zu der am Samstag, 4. Mai 2024, 13 Uhr im Vereinsheim „in der guten Stube“ stattfindenden

Jahreshauptversammlung

laden wir unsere Mitglieder herzlich ein.

Die Tagesordnung liegt im Vereinsheim zur Einsicht aus und ist im Info-Kasten für alle Mitglieder ersichtlich.

Anträge können schriftlich bis zum 25. April 2024 beim 1. Vorsitzenden Bernd Bartholomä, Hubertusstraße 11, Schifferstadt eingereicht werden.

Die Vorstandschaft



Auch Zeitungsträger machen Urlaub . . .

... dann muss eine Urlaubsvertretung einspringen. So kann es schon einmal passieren, dass Ihre Zeitung verspätet eintrifft oder fehlt. Die Zeitungsträger bitten Sie hierfür herzlich um Verständnis. Sollten Sie einmal keine Zeitung bekommen, rufen Sie einfach an, wir werden Ihnen dann die Zeitung schnellst möglich zukommen lassen.

Telefon 92690



Lokal. Regional. Digital.

Die Lokalzeitung für Schifferstadt. Seit 1905. Amtsblatt der Stadt Schifferstadt.

Klassisch:
Gedruckte Zeitung zum Preis von **29,50 Euro pro Monat** (Post 32,00 Euro) (vorbehaltlich Preisänderung)

E-Paper zum Preis von **25,50 Euro pro Monat** (vorbehaltlich Preisänderung)

AboPlus
Gedruckte Zeitung + E-Paper zum Preis von **31,00 Euro pro Monat** (vorbehaltlich Preisänderung)

Wochenend-Abo:
Freitag/Samstag/Montag zum Preis von **17,00 Euro pro Monat** (vorbehaltlich Preisänderung)

E-Paper-Plus:
E-Paper-Abonnement mit Print-Wochenend-Ausgabe (Samstag) zum Preis von **26,50 Euro pro Monat** (vorbehaltlich Preisänderung)

Meine Heimat. Meine Stadt. Meine Zeitung.



Sie haben die Wahl: Print – Digital – AboPlus – E-PaperPlus

- Ihre Abo-Möglichkeiten:**
- AboPlus (Print + E-Paper) zum Preis von 31,50 Euro/Monat**
 - E-Paper zum Preis von 25,50 Euro/Monat**
 - Klassisches Print-Abonnement zum Preis von 29,50 Euro/Monat**
 - Wochenend-Abo: Freitag/Samstag und Montag für 17,00 Euro/Monat**
 - E-PaperPlus: E-Paper mit Print-Wochenend-Ausgabe für 26,50 Euro/Monat**
 - Ich möchte das Schifferstadter Tagblatt 14 Tage Probelesen. Die Zustellung endet automatisch. (Vorbehaltlich Preisänderung)**

Online abonnieren unter: www.schifferstadter-tagblatt.de/abo oder Telefon 06235/92690

Raus in die Natur

 <p>Auf facettenreichen Pfaden durch das Pfälzische Rebenmeer</p> <p>56 Seiten 6,90</p>	 <p>Genusswanderungen im Pfälzischen Wald und angrenzenden Gebieten</p> <p>72 Seiten 7,50</p>	 <p>Auf Burgentour durch die Pfalz</p> <p>120 Seiten 9,50</p>	 <p>Gipfel, Türme, Panoramablicke</p> <p>140 Seiten 10,-</p>	 <p>Wanderlust statt Alltagsfrust</p> <p>Pfalz wandern Die Pfalz von ihren schönsten Seiten</p> <p>124 Seiten 10,-</p>
--	---	---	--	--

Erleben Sie die Pfalz von ihren schönsten Seiten!

Zu den „Höhepunkten“ in der Pfalz - auf steinigen Wegen und märchenhaften Pfaden auf Gipfel und Türme!

Mit unseren handlichen Wanderbroschüren finden Sie den richtigen Weg!

Schifferstadter Tagblatt

Bahnhofstraße 70a
Telefon 06235/92690
Öffnungszeiten:
Dienstag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr